

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 26. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Friede mit Amerika!

Am gestrigen Nachmittage ist mit einem lächerlich paradoxen Zustand ausgeräumt worden, der durch die kindische Halsstarrigkeit des früheren Präsidenten Wilson ...

Die Fortdauer des formellen Kriegszustandes zwischen Deutschland und Amerika über zwei Jahre nach dem Unterzeichnungsakt im Spiegelsaal des Versailler Schlosses ...

Der Friedensschluß mit der amerikanischen Republik bildet eine weitere und wichtige Etappe in diesem Stabilisierungsprozeß und verdient auch deshalb, mit Genugtuung verzeichnet zu werden.

Gibt aber, außer der Tatsache des Friedensschlusses selbst, auch der Inhalt des Vertrages Anlaß zu den gleichen Gefühlen der Befriedigung? Wenn man dieses Dokument mit jenem Versailler Dokument vergleicht, das bei einem „normalen“ Gange des Ratifikationsverfahrens in Washington ...

Revision des Versailler Diktates wird die Tatsache von unschätzbarem Wert sein, daß Amerikas Unterschrift, soweit diese Bestimmungen in Frage kommen, gar nicht mehr revidiert zu werden braucht.

Das der erste Teil des Versailler Friedens, die Völkerbundfassung, ebenfalls ausscheiden würde, war vorauszu sehen. Wir würden es bedauern, wenn es sich dabei um den wahren Bund aller Völker gehandelt hätte.

Was gilt also noch vom Versailler Vertrag für den deutsch-amerikanischen Frieden? Nun, es sind dies vor allem die Wiedergutmachungsklauseln, die finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen.

Der moralische und materielle Wert eines jeden Vertrages hängt stets viel weniger von seinen Buchstaben als von dem Geiste ab, mit dem man an seine Durchführung herangeht.

Der Wortlaut des Friedensvertrages. Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika: In der Erwägung, daß die Vereinigten Staaten gemeinschaftlich mit ihren Mitkriegführenden am 11. November 1918 einen Waffenstillstand mit Deutschland vereinbart haben, damit ein Friedensvertrag abgeschlossen werden könne;

des Artikels 440 in Kraft getreten, aber von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert worden ist;

In der Erwägung, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten einen gemeinsamen Beschluß gefaßt hat, der von dem Präsidenten am 2. Juli 1921 genehmigt worden ist und im Auszug wie folgt lautet:

„Beflossen vom Senat und dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika, die zum Kongreß versammelt sind, daß der durch den am 6. April 1917 genehmigten gemeinsamen Beschluß des Kongresses erklärte Kriegszustand zwischen der Kaiserlich Deutschen Regierung und den Vereinigten Staaten von Amerika hiermit für beendet erklärt wird.

(Folgt der Wortlaut der einschlägigen Abschnitte 2 und 5 der Friedensresolution des Kongresses. Abschnitt 2 sieht vor, daß sich die Vereinigten Staaten alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Reparationen oder Vorteile, einschließlich des Rechtes, sie zwangsweise durchzuführen, ausdrücklich vorbehalten, die der Versailler Vertrag ihnen oder ihren Staatsangehörigen gewährt. Abschnitt 5 bestimmt, daß das deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten zurückbehalten wird und zwar bis zu dem Zeitpunkt, wo Deutschland „angemessene Vorschläge zur Befriedigung aller Forderungen“, die amerikanischerseits für Verluste durch Kriegshandlungen erhoben werden, (Red. d. „Vorwärts“.)

In dem Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen, die vor Ausbruch des Krieges zwischen den beiden Nationen bestanden haben, wiederherzustellen, haben zu diesem Zwecke zu ihren Bestmöglichten beauftragt:

der Präsident des Deutschen Reichs den Reichsminister des Auswärtigen, Herrn Dr. Friedrich Rosen und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika den Commissioner der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland, Herrn Ellis Coring Dresel.

Diese haben nach Austausch ihrer für gut und richtig befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Artikel 1. Deutschland verpflichtet sich, den Vereinigten Staaten zu gewähren und die Vereinigten Staaten sollen besitzen und genießen alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Reparationen oder Vorteile, die in dem vorgenannten gemeinschaftlichen Beschlusse des Kongresses der Vereinigten Staaten vom 2. Juli 1921 näher bezeichnet sind, mit Einschluß aller Rechte und Vorteile, die zugunsten der Vereinigten Staaten in dem Vertrag von Versailles festgesetzt sind und die die Vereinigten Staaten in vollem Umfange genießen sollen, ungeachtet der Tatsache, daß dieser Vertrag von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert worden ist.

Artikel 2. In der Absicht, die Verpflichtungen Deutschlands gemäß dem vorhergehenden Artikel mit Beziehung auf gewisse Bestimmungen des Vertrages von Versailles näher zu bestimmen, besteht Einverständnis und Einigung zwischen den hohen Vertragsschließenden Teilen darüber:

1. daß die Rechte und Vorteile, die in jenem Vertrage zugunsten der Vereinigten Staaten festgesetzt sind und die die Vereinigten Staaten besitzen und genießen sollen, diejenigen sind, die in Abschnitt I des Teiles IV und in den Teilen V, VI, VIII, IX, X, XI, XII, XIV und XV aufgeführt sind.

Wenn die Vereinigten Staaten die in den Bestimmungen jenes Vertrages festgesetzten und in diesem Paragraphen erwähnten Rechte und Vorteile für sich in Anspruch nehmen, werden sie dies in einer Weise tun, die mit den Deutschland nach diesen Bestimmungen zustehenden Rechten im Einklang steht;

2. daß die Vereinigten Staaten nicht an die Bestimmungen des Teiles I jenes Vertrages noch an irgendwelche Bestimmungen jenes Vertrages, mit Einschluß der in Nr 1 dieses Artikels erwähnten, gebunden sein sollen, die sich auf die Völkerbundfassung beziehen, daß auch die Vereinigten Staaten durch keine Maßnahme des Völkerbundes, des Völkerbunds oder der Völkerbundsversammlung gebunden sein sollen, es sei denn, daß die Vereinigten Staaten ausdrücklich ihre Zustimmung zu einer solchen Maßnahme geben;

3. daß die Vereinigten Staaten keine Verpflichtungen aus den Bestimmungen des Teiles II, Teiles III, der Abschnitte 2 bis einschließlich 8 des Teiles IV und des Teiles XIII des bezeichneten Vertrages oder mit Beziehung auf diese Bestimmungen übernehmen;

4. daß, während die Vereinigten Staaten berechtigt sind, an der Reparationskommission gemäß den Bestimmungen des Teiles VIII jenes Vertrages und an irgendeiner anderen auf Grund des Vertrags oder eines ergänzenden Uebereinkommens eingesetzten Kommission teilzunehmen, die Vereinigten Staaten nicht verpflichtet sind, sich an irgendeiner solchen Kommission zu beteiligen, es sei denn, daß sie dies wollen;

5. daß die im Artikel 440 des Vertrages von Versailles erwähnten Fristen, soweit sie sich auf eine Maßnahme oder Entscheidung

Fung der Vereinigten Staaten beziehen, mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages zu laufen beginnen sollen.

Artikel 3.

Der gegenwärtige Vertrag soll gemäß den verfassungsrechtlichen Formen der hohen Vertragsschließenden Teile ratifiziert werden und soll sofort mit Austausch der Ratifikationsurkunden, der so bald als möglich in Berlin stattfinden wird, in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigefügt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 25. August 1921.

Rosen. Ellis Loring Drexel.

Amlichserseits wird zu diesem Friedensdokument folgender Kommentar veröffentlicht:

Der vorstehend abgedruckte deutsch-amerikanische Vertrag ist das Ergebnis von Verhandlungen, die auf die Initiative der amerikanischen Regierung Anfang Juli begonnen haben, um die Beendigung des zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika formell noch bestehenden Kriegszustandes herbeizuführen.

mehrere wichtige Teile des Versailler Vertrags ausgegliedert worden, nämlich die Teile I (Völkerbund), II und III (Territoriale Neuorganisation Europas), IV, Abschnitt 2 bis 8 (Bestimmungen über China, Siam, Liberia, Marokko, Ägypten, Türkei und Bulgarien, Schantung), VII (Auslieferung) und XIII (Internationale Regelung der Arbeit).

Die amerikanische Regierung legt, wie sie hier hat mitteilen lassen, den Hinweis auf Sektion 2 der Friedensresolution dahin aus, daß sie keine neuen Rechte gegenüber dem Deutschen Reich geltend macht und daß sie nicht über die Rechte hinausgeht, welche durch den Frieden von Versailles gewährt und durch den Hinweis auf jenen Vertrag in dem vorliegenden Vertrage festgelegt werden.

Die Richtaufnahme des Teiles XIII des Versailler Vertrags über die internationale Regelung der Arbeit ist gegen den Vorschlag der deutschen Regierung erfolgt. Ihr Versuch, die amerikanische Regierung zur Anerkennung dieses Teiles zu veranlassen, ist nicht gelungen — wohl wegen des engen Zusammenhangs seiner Bestimmungen mit dem von Amerika abgelehnten Völkerbund.

Nach dem Inkrafttreten des deutsch-amerikanischen Vertrags sollen nach dem Willen beider Teile die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern alsbald aufgenommen werden. Auch sollen alsdann Verhandlungen über die Regelung der künftigen Handelsbeziehungen, deren Pflege auch die amerikanische Regierung als erwünscht bezeichnet hat, sowie über alle für die Beziehungen der beiden Länder bedeutsamen Fragen, insbesondere also auch über die mit dem Vertrage zusammenhängenden Fragen, eingeleitet werden.

Hinsichtlich des deutschen Eigentums ist in der Sektion 5 der Friedensresolution bekanntlich bestimmt, daß dieses als Pfand zurück zu behalten werden soll, bis Deutschland wegen seiner Verpflichtungen genügende Sicherheit gegeben hat. Die amerikanische Regierung hat im übrigen erklärt, daß der Abschluß des Vertrages den Weg ebnen würde, um alle auf das beschlagnahmte deutsche Eigentum bezüglichen Fragen in gerechtester und billigster Weise zu regeln.

Der Unterzeichnungsakt.

Berlin, 25. August. (WZ.) Die Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages erfolgte heute nachmittag

5 Uhr im Amtszimmer des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Rosen in den einfachsten Formen. Von amerikanischer Seite waren zugegen der Commissioner Ellis Loring Drexel, Botschaftsrat Hugh R. Wilson, die Botschaftssekretäre Penoyer und Amory und Mister Morris, von deutscher Seite außer dem Reichsminister Staatssekretär v. Haniel, Geheimrat Dr. Brunwald, Generalkonful Grunow und Geheimrat Dr. Gauß.

Nach der Unterzeichnung sprach Herr Drexel in kurzen Worten die Ueberzeugung aus, daß sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen erfreulich gestalten würden. Reichsminister Dr. Rosen erwiderte ebenfalls in kurzen Worten, daß Deutschland in dieser Stunde den Blick auf die Zukunft richte, um dann auch seinerseits der Hoffnung und Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die wirtschaftlichen wie die allgemeinen Beziehungen zwischen den beiden großen Völkern sich günstig und erfreulich entwickeln werden.

Deutschlands Abrüstung.

Die Stärke der früheren und jetzigen deutschen Wehrmacht gewährt ein Bild, in welchem Umfange die Deutschland durch den Friedensvertrag auferlegte Abrüstung durchgeführt ist.

Es betragen die Kopfstärken des deutschen Heeres einschließlich der zugehörigen Luftstreitkräfte:

Table with 2 columns: 1913 and 1921. Rows include: An Generälen und Stabsoffizieren (Obersten, Oberleutnants, Hauptleuten, Oberleutnants und Leutnants, Seeresbranten, Unteroffizieren und Mannschaften), Sanitäts- und Veterinärpersonal, Die Sanitäts- und Veterinärpersonal sind in die Zahl des Hunderttausend-Mann-Heeres nicht einbezogen. Die Marine weist folgende Kopfstärken auf: An Admirälen und Stabsoffizieren, Kapitänleutnants, Oberleutnants und Leutnants zu See, Sanitäts- und Ingenieurpersonal, Feuerwerks-, Torpedooffizieren u. Torpedo-Ingenieurpersonal, Unteroffizieren und Mannschaften, Gesamtsärke der deutschen Marine.

Weniger interessant ist gegenüber dem Vergleich der Kopfstärken ein Vergleich der Etats des Reichsheeres in den Rechnungsjahren 1913 und 1921. Der Etat für das Rechnungsjahr 1913 zeigt für das Heer 1497,49 Millionen Mark. Die Ausgaben für die Marine im Rechnungsjahr 1913 ergaben 1968,08 Millionen Mark. Der Etat der Reichswehr und der Marine für das Rechnungsjahr 1921 beträgt 3365 Millionen Mark. Wird der Papiergeldbetrag nach dem heute berechtigten Verhältnis von 15:1 in Goldmark umgerechnet, dann ergibt sich für 1921 ein Militäretat im Betrage an 226,4 Millionen Goldmark gegen 1,968 Millionen Goldmark im Jahre 1913.

Wiederaufbaukommissar v. Batocki.

Berlin, 25. August. (WZ.) Kommerzienrat Dr. Guggenheimer hat das auf wiederholten Wunsch des Reichskabinetts im Mai d. J. übernommene Amt des Reichskommissars zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten niedergelegt. Die Uebernahme des Amtes war von vornherein nur vorübergehend erfolgt, da Dr. Guggenheimer zu seiner dauernden Föhrung — zumal bei der jetzt erweiterten Aufgabe des Amtes neben seiner hauptberuflichen Tätigkeit und

seinen sonstigen Ehrenämtern — außerstande war. An seiner Stelle hat der Reichspräsident den Oberpräsidenten a. D. von Batocki zum Reichskommissar ehrenamtlich ernannt.

Herr von Batocki wird denjenigen Industrien, die in jedem wirtschaftlichen Zusammenschluß unter behördlicher Kontrolle ein Stück Zwangswirtschaft sehen, sehr unerwünscht sein, obwohl er seine damaligen Irrtümer durch seine Mitarbeit an der Sozialisierungskommission (in unternehmerfreundlichem Sinne) längst wiedergemacht hat. War er doch der Vater der Kriegszwangswirtschaft. Um solchen Bedenken entgegenzutreten, sagt der halbamtliche Bericht weiter:

Falls ein Abkommen über Sachlieferungen zustande kommt, handelt es sich für die beteiligten deutschen Gewerbe um Aufträge bedeutenden Umfangs. Träger der Sachleistungen soll bekanntlich ein aus den Lieferungsorganisationen der Länder und den beteiligten Fachverbänden der Industrie, des Handels und der Land- und Forstwirtschaft zu bildender Selbstverwaltungskörper werden. Den in dieser Form zusammengeschlossenen Gewerben soll bei der Durchführung der Aufträge weitgehende Freiheit gelassen werden. Von einer Zwangswirtschaft, nach Art der unter dem Druck der Blockade geschaffenen Kriegsorganisationen kann nach übereinstimmender Ansicht der Regierung und des neuen Leiters des Reichskommissariats keine Rede sein. Aufgabe des Reichskommissariats ist es, unter Wahrung dieses Grundsatzes der Selbstverwaltung auf ein reibungsloses Zusammenwirken der Beteiligten — Unternehmer, Arbeiter, Verbände und Länder — hinzumirken und für die Wahrung der finanziellen und wirtschaftlichen Interessen des Reiches zu sorgen.

USP. für Erfassung der Goldwerte.

Die „Freiheit“ veröffentlicht gestern einen Aufruf des Zentralkomitees der USP. „an das arbeitende und hungernde Volk“. In seinem sachlichen Gehalt geht dieser auf starke agitatorische Wirkung berechnete Aufruf ganz mit den Gedanken einig, die unseren Lesern durch die Forderung nach Erfassung der Goldwerte und unsere Begründung bekannt sind. Warum der Aufruf der USP. darin gipfelt, den proletarischen Massenruck gegen die Goldwertbeschüher aufzubieten und die Einheitsfront des ganzen deutschen Proletariats gegen den Block der kapitalistischen Parteien zu bilden, so sehen wir darin mehr als eine agitatorische Redensart. In der Tat ist die Sachwertfassung das einzige Mittel gegen den ungeheuerlichen Steuerbetrag der Besitzenden, die sich infolge der Geldentwertung und ihres Besitzes an Sachwerten leicht der Steuerleistung entziehen können, wie sie auch nach dem geltenden System immer geartet sei. Vor dieser Frage verblaffen die politischen Gegensätze und es wäre uns erfreulich, wenn man in der USP. daraus auch die Konsequenzen auf andere n Gebieten der Politik zöge. Das Bürgertum aber wird sich nun einmal an den Gedanken gewöhnen müssen, daß die Arbeiterschaft als Ganzes sich gegen eine neue Belastung des Verbrauches der breiten Massen zu wehren gefonnen ist, wenn nicht vorher eine wirksame Erfassung der Sachwerte gesichert ist. Und es wird endlich auch den Schluß daraus ziehen müssen, daß der einheitliche Wille des Proletariats in einer wie immer gearteten Koalitionsregierung nicht mindere Rücksichtnahme erfordert als der fanatische Eifer der Schüher des Besitzes, deren Kerntruppe ja erst rechts von der Koalition beginnt, während die Arbeiterschaft in ihr vertreten ist

Ist Horthy-Ungarn verrückt geworden?

Budapest, 25. August. (Korr-Bureau.) Sämtliche Komitate des Landes hielten heute in Budapest eine Generalversammlung ab, in der eine Entschlieung gefaßt wurde, welche die Regierung auffordert, die diplomatischen Beziehungen mit Oesterreich abzubauen und sofort die Grenzsperrre in Kraft treten zu lassen.

In Groß-Salze bei Raadeburg sind — offenbar infolge der gemeldeten Verhaftungen — Streiks ausgebrochen.

Ich hab mir was gedacht . . .

Von Theodor Thomas.

Fünf Mann stehen um das Büfett herum. Zum fünften Male bringt der Kellner fünf Kognaks und zum dritten Male fünf Bier.

Natürlich müssen sie mal an das Zahlen denken. Die Zeche ist nicht klein, sie beträgt 182 M. Als der Ober einkassieren will, wollen alle fünf zahlen, jeder möchte die 182 M. stechen. Aber einer kann es nur. Die übrigen stecken fast enttäuscht ihr Geld wieder ein.

Da nähert sich der Gruppe eine abgemagerte Gestalt. Die fünf nehmen schnell noch einen zum Abgewöhnen. Die Gestalt bittet um eine Unterföhrung, da er schon lange stellenlos und mit seiner Familie ohne Mittel ist. Man sieht es dem Manne an, daß er nicht zum Betteln geboren ist.

Der erste hört gar nicht hin, der zweite gibt ihm 50 Pf., der dritte sagt: „Das ist für uns beide,“ beim vierten geht es ihm wie beim ersten und der fünfte gibt ihm noch 25 Pf. Also:

Die Leute, die vorhin bereit waren, jeder 182 M. zu opfern für Alkohol, bringen 75 Pf. für einen erbarmungswerten Mitbruder auf.

Da hab' ich mir was gedacht!

Bei einer Gesellschaft kommt die Rede auch auf den Gemeinfinn und die Pflicht des Menschen für- und miteinander zu wirken. Die große Hitze bringt das Gespräch auch auf Wassermangel usw.

Da ergibt sich, daß die gleichen Leute, die so sehr für den Gemeinfinn schwärmen, alle ihre Gerippe im Hause haben. Frau Hallgarten teilt z. B. in größter Seelenruhe mit, daß sie, um kühe Butter zu behalten, Tag und Nacht das Wasser laufen läßt, — man denke an den Wassermangel, an den Verlust, der in die Tausende von Litern geht, an den Kraftaufwand der Maschinen.

Während noch über Gemeinfinn geredet wird, nimmt der Hausherr den vollen Mischenbecher — sieht vorsichtig hinunter, ob niemand im Garten ist, und schlupp, hat er den ganzen Salat seinem Nachbar auf die Blumentöpfe geschüttelt!

Da hab' ich mir was gedacht!

„Kinder dürfen nicht lügen,“ sagte mir Frau Goldmann, „man darf da auch in Kleinigkeiten nicht nachgeben, sonst ist es nicht durchzuführen.“

„Allerdings,“ gab ich zu, „konsequent sein ist hier unbedingte Pflicht, doch mag es nicht immer durchzuführen sein.“

„Immer und unbedingt,“ betonte sie scharf.

„Das ist schön, ich wölte, dies wäre die Auffassung aller Erziehler.“

Wir sprechen dann von etwas anderem, von der Schute glaub ich.

Da klingelt es.

„Ach Gott, das wird die Müllern sein, die Tranlampe. Geh an die Tür Biesel, wenn sie es ist, dann sag, ich wäre bei Tante Klara.“

Das Rädel saust hinaus und richtig — die Müllern schwimmt wieder ab.

„Verzeihung, Frau Goldmann, war das nicht auch gelogen?“

„Au ja, so Berlegenheitsausreden, das sind doch keine Lügen, höchstens Notlügen, das gilt nicht.“

Da hab' ich mir was gedacht!

Wir waren zusammen in der Versammlung. Zindler hieß er, der mit gewaltiger Stimme davon sprach, wie man von dem heutigen Stand der Dinge erschüttert sein müsse, mehr Aufklärung, radikalere Kampfmittel seien nötig.

Der Mann sprach nicht gut, aber desto lauter.

Nachmittags mußten wir in seine Wohnung: die Frau so rückständig wie man es gar nicht schildern kann, der Junge in einem bürgerlichen Fußballklub, die Tochter kam grad vom Konfirmandenunterricht.

Auf unsere Frage, warum er Aufklärung nicht ins eigene Haus trägt, meint er ziemlich naiv: „Ja, zu Hause kann man das doch nicht so, da will ich meine Ruß haben.“

Da hab' ich mir was gedacht!

Man sprach von Eisenbahnunfällen. Die meisten kämen von falscher Weichenstellung. Diese aber vom Alkohol.

„Die Leute verdienen zu viel,“ ließ sich die Stimme eines Herren vernehmen.

Es wurde zwar protestiert, aber der Satz mit dem Alkohol sah doch fest.

Der Herr war, wie sich später herausstellte, Pfarrer. Er erzählte, daß er zwanzig Fässer guten Wein im Keller habe und jeden Tag seine 2 bis 3 Flaschen „poppe“.

Einer sagte, wieviel Weichen wohl falsch gestellt würden, wenn jeder Bahnbeamte im Verhältnis so viel Alkohol zu sich nähme.

„Ja,“ gab Ehrwürden zur Antwort, „Wein und Fufel . . . ist doch gar kein Vergleich.“

Da hab' ich mir was gedacht!

Man sollte überhaupt viel mehr denken.

Vom Potsdamer Astronomentag. Der erste Verhandlungstag der Astronomischen Gesellschaft wurde größtenteils durch geschäftliche Angelegenheiten ausgefüllt. Eine stattliche Reihe neuer Mitglieder meldete sich zur Aufnahme, darunter der Jesuitenpater Prof. Corti aus England. Als nächster Kongressort wurde Kopenhagen gewählt.

Den Reigen der wissenschaftlichen Vorträge eröffnete der Direktor der vatikanischen Sternwarte Hagen. Er sprach über nicht leuchtende Nebelwolken. Seine Ausführungen, die auf zehnjähriger Beobachtung beruhen, führen zu umföhrgenden Theorien mit bedeutenden Konsequenzen. Sie befreiten die Leere im Raume. Der Gelehrte hatte im Gegenjatz zu den vielfach beobach-

teten schwachen Nebelscheitern innerhalb der Milchstraße außerhalb derselben enorme Massen nichtleuchtender Wolken beobachtet, in denen er den Urstoff für die auf dem Wege der Konzentration erfolgte Sternbildung erblickt. Dadurch gelangt er zu der Schlußfolgerung, daß die Himmelskörper aus dem nebelhaften Zustande hervorgegangen sind.

Professor Dr. Freundlich vom Potsdamer Astrophysikalischen Observatorium erläuterte den Bau und die Konstruktion des neu errichteten Teleskopturmes, der die Bezeichnung „Einsteinturm“ führt, weil er als erste astrophysikalische Einrichtung zur Beweisführung für die Einsteinsche Relativitätstheorie gedacht ist. Das neue im expressionistischen Stil errichtete Bauwerk erregte das lebhafteste Interesse der Gelehrten und Fachmänner bei dem Nachmittagsbesuch der Potsdamer Observatorien. Dr. Freundlich, der astronomische Mitarbeiter Einsteins, gab die gewünschten Erklärungen.

Der Abend vereinigte die Kongreßteilnehmer zu geselliger Zusammenkunft in der Kuppel des großen Refraktors. Es dürfte das erstmalig sein, daß eine Refraktor-Kuppel sich als Krone über einem Kongressaal wölbte. Der Eindruck war: erhaben, als am späten Abend das Sternzelt seinen Schimmer über die Männer goß, die ihm ihre Forschungen widmen.

Das Problem der Wänschelrute hat in der neuesten Zeit wieder mehr und mehr die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Zudem ist unsere heutige Zeit für alle nicht ganz natürlich zugehenden Dinge sehr empfänglich, und so wächst auch die Anhängererschaft der Rutengänger fortwährend. Die Wissenschaft steht aber der ganzen Frage noch sehr skeptisch gegenüber, und namentlich unsere Geologen verhalten sich gegen das Rutenproblem äußerst ablehnend. Neuerdings hat nun die „Ingenieurzeitung“ eine umfassende Diskussion über das Problem der Wänschelrute veranstaltet und kommt dabei zu dem Schluß, daß es einzelne Individuen gibt, welche von unterirdischen Objekten (Wasseradern, Erzgängen, Kohlenlagern, Salzen usw.) beeinflusst werden. Und diese Beeinflussung äußert sich in einer auszuverknüpfen Rutebewegung oder sogar, bei hochsensitiven Personen, in einer Empfindung. Denn weit mehr als die Wissenschaft bisher es glauben lassen wollte, werden wir Menschen ganz allgemein vom Wetter, vom Klima und vom Boden beeinflusst. Die Rute selbst spielt dabei gar keine Rolle. Es sind ja auch schon Rutengänger aufgetreten, die ohne Rute lediglich die Einwirkung in den Nerven der Hand spüren, und es sind sogar Pulsbeschleunigungen von 120 bis 135 Schlägen von Ärzten bei einzelnen Rutengängern festgestellt worden, wenn sich diese empfindlichen Personen über Wasseradern, Kohlen oder Erdoorkommen befanden. Vertäglich wird aber erst die Wänschelrute werden, und erst dann wird sie zuverlässig arbeiten, wenn man die Rutengänger selbst ausschalten und an ihre Stelle sensitive Maschinen setzen wird.

Das Schloßpark-Theater Steglitz bringt am Sonnabend Hebbels „Maria Magdalena“ neu einstudiert heraus. — Zum Besten des Frankfurter Goethe-Hauses gibt es Sonntag Westfens „Ranne des Verliebten“ und „Mischuldige“.

Der Berliner Lehrerchorverein gibt sein erstes Konzert am Sonnabend, den 27. August, im Rantomer Bürgerpark. Den Orchesterteil hat der Koselische Bläserbund übernommen.

Arbeitslosenfürsorge im Rathaus.

Nuhiger Verlauf der Stadtverordnetenitzung.

Der Andrang zur Tribüne war in der Stadtverordnetenversammlung wieder mal recht stark, weil die Vorgänge der letzten Sitzung einen unterhaltenden Abend erwarten ließen. Aber erfreulicherweise kam es anders, und die Liebhaber von Skandalen zogen nach viestündiger Sitzungshäuer enttäuscht heim. Die Kommunisten benahmten sich verhältnismäßig ruhig, und da auch die Deutschnationalen ihre Provokation nicht wiederholten, so verlief die nur noch kurze Verhandlung über das Oberschlesier-Hilfswerk ohne neue Zusammenstöße. Die Rückzugspflanzlein der Kommunisten wegen des von ihnen gewünschten Aufschubs dieser Sitzung taten keinem weh.

Im übrigen wurde diesmal fleißig gearbeitet und viel geschafft. Bei der Abstimmung über die Kraftdroschkensteuer sah man Deutschnationale und Kommunisten als treue Waffenglieder. In den Verhandlungen über die Erwerbslosenfürsorge spielte auch die Erörterung der Vorgänge bei der neuesten Erwerbslosendemonstration vor dem Rathaus eine Rolle. Die Hoffnung auf Beschaffung der Mittel zur Weiterführung der Bauarbeiten an der Nord-Süd-Bahn braucht Berlin nicht sinken zu lassen. Damit kann vielen Arbeitslosen Arbeit und Brot gegeben werden.

Sitzungsbericht.

Vorsteher Dr. Wenl eröffnet um 1/2 Uhr die mäßig besuchte Sitzung. Unter den Tribünenbesuchern sind ungewöhnlich viel Frauen.

Die Kommunisten haben zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht. Sie fordern Neuwahlen der Erwerbslosenräte und Bereitstellung von mehr Mitteln für Rot-Frontarbeiten. Die Rechte widerspricht der Dringlichkeit. Die Anträge kommen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Eine Anfrage der Kommunisten und der Unabhängigen verlangt vom Magistrat Auskunft, und er kündigt verbindlich, daß die Schutzpolizei Bürger der Stadt im Rathaus mißhandelt. Fabian (Dnat.) widerspricht sofortiger Beantwortung. Stadtrat Wege erklärt, er habe auch erst die Polizei um Information erlucht. Leider seien, sagt er hinzu, heute von einigen Stadtverordneten die armen Arbeitslosen wieder ausgebeutet worden. (Rufe: Frechheit!) Koelzig (U. Soz.) und Dörr (Komm.) erwidern, daß keine Aufklärung erfolgt sei. Die Polizei aber habe, so führt Dörr aus, Arbeitslose mißhandelt. Der Verkehr vor dem Rathaus sei nicht behindert worden. Einzuschreiten wäre nicht nötig gewesen. (Wärm.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt Säbel (Komm.) zur Geschäftsordnung, die kommunistische Fraktion habe wegen des Parteitag der Kommunisten die Vertagung der heutigen Sitzung gewünscht. Er bedauert die Nichterfüllung dieses Wunsches. Vorsteher Dr. Wenl erwidert, der Wunsch sei nicht rechtzeitig geäußert worden. Er verweist auf den Beschluß des Vorkomitees, daß heute Sitzung sein soll. Uebrigens habe Säbel und seine Freunde in der vorigen Sitzung durch ihr Verhalten mindestens indirekt dazu beigetragen, daß heute überhaupt eine Sitzung stattfinden muß. (Wärm bei den Kommunisten. Rufe: Unerschöpflich!) Auf diese Weise habe man in der vorigen Sitzung auch wichtige Gegenstände nicht mehr erledigen können. Dörr (Komm.): Nicht wir, sondern die Fraktionen der rechten Seite haben es verschuldet, daß die vorige Sitzung abgebrochen werden mußte. In der weiteren Geschäftsordnungsdebatte, die sich noch eine reichliche Weile hinzieht, stellt Koelzig (U. Soz.) fest, daß in den Verhandlungen über den Tag der Sitzung auch die Kommunisten mit Festsetzung des 25. August einverstanden gewesen seien. Dörr (Komm.) bestreitet das.

Zu dem in der vorigen Sitzung entstandenen Streit um die Abstimmung über die Gutsarbeiterlöhne erklärt Dr. Borchardt (Soz.), er habe sich jetzt aus dem Stenogramm überzeugt, daß die Darstellung des Vorstehers richtig war.

Ein Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten fordert Beschaffung einwandfreier Unterkunft für Gutsarbeiter und Schwandier. Die Dringlichkeit wird anerkannt.

Dörr (Komm.) erklärt, wie bei dem ersten Punkt der Tagesordnung seine Freunde sich verhalten werden, das werde von dem Verhalten der rechten Seite abhängen. (Unruhe rechts.) Vorsteher Dr. Wenl: Der Vorkomitee hat hierüber Einigung erzielt. Danach war diese Erklärung überflüssig.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Magistratsvorlage auf Bewilligung von 10000 M. für das Oberschlesier-Hilfswerk. Hier entstand in der vorigen Sitzung infolge einer Äußerung des Deutschnationalen Kimbel die Schlägerei zwischen Kommunisten und Deutschnationalen, worauf die Kommunisten auch eine Fortsetzung der Rede Kimbels hinsichtlich verbündeten und Abbruch der Sitzung herbeiführten. Heute beschränkt sich Kimbel (Dnat.) auf die ganz kurze Bemerkung, daß seine Freunde für Oberschlesien 100000 M. beantragen. Leh (Komm.) lehnt jede Unterstützung ab. Er kommt auf die von Kimbel in der vorigen Sitzung vorgebrachten Äußerungen über Sowjet-Rußland zurück. Spricht ihm jedes Recht dazu ab und bezeichnet unter Varm der Rechten die Angriffe als unverschämte, was Vorsteher Dr. Wenl als unparlamentarisch rügt. Kielzig (U. Soz.): Wir sind zur Bewilligung von Hilfe bereit, beantragen aber Ausschussberatung. (Rufe bei den Kommunisten: Fraktion Drehscheibel) Leh wird, weil er in seiner Rede Kimbel als geisteskrank bezeichnet hat, von Vorsteher Dr. Wenl nachträglich zur Ordnung gerufen. Den Antrag auf Ausschussberatung unterläßt unter Betonung der Bereitwilligkeit zur Hilfe für Oberschlesien Dr. Borchardt (Soz.). Die Ueberweisung an einen Ausschuss wird beschlossen. Auf Antrag Fabians (Dnat.) soll der Ausschuss sofort zusammentreten und beraten.

Nach den Vereinbarungen des Vorkomitees werden mehrere Beratungsgegenstände, an denen die Kommunisten ein besonderes Interesse haben, wegen des kommunistischen Parteitag von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Entwurf einer Satzung für die Anstaltungsdeputation geht an einen Ausschuss, ebenso der Entwurf einer Satzung der Erwerbslosenfürsorge. — Die Uebernahme der Gefahrenordnung des Hauptgesundheitsamts wird annehmlich; sie bringt auch eine neue Erhöhung der Gebühren. — Mit der Ausdehnung der Zuständigkeit der Landwirtschaftskammer Brandenburg auf Berlin ist die Verfassung einverstanden. Die Erweiterung ist nötig geworden, weil bisherige Teile der Landreise jetzt zu Berlin gehören. — Das bisherige Berliner Ortsrecht über Anlegung und Unterhaltung der Bürgersteige wird auf das Gebiet der neuen Stadtgemeinde ausgedehnt. — Dem Verkauf von 38 Einfamilienhäusern der Siedlung Cöpenick wird zugestimmt.

Der „Altersvorsorgungsberichtigten“ soll auf die beschlossene Erhöhung ihrer Beiträge ein Vorschlag von 1000 M. gewährt werden. Suble (Soz.) lehnt das; die Rot dieser Leute sei sehr groß. Der Vorschlag wird beschlossen.

Die Vorlage betreffend Verzicht auf Anwendung des Sperrgesetzes auf eine Reihe nach neuer geschaffener Stellen von Beamten und Angestellten geht an einen Ausschuss. — Die Erhöhung des Eintrittsgeldes der Bediensteten anstalten (1. Klasse auf 50 Pf., 2. Klasse auf 30 Pf. für Männer, 20 Pf. für Frauen, in beiden Klassen 20 Pf. Nachtzuschlag) wird genehmigt. — Eine Magistratsvorlage betreffend andere Zusammenfassung der Bezirksschuldeputation und der Bezirks-Schulenausschüsse für die Verwaltungsbezirke I bis VI soll in einem Ausschuss geprüft werden.

Zu der Vorlage betreffend Schaffung eines mit 200 000 M. zu dotierenden Wohlfahrtsfonds für bedürftige Blinde beantragen die Kommunisten Erhöhung auf 750 000 M. Pfannschuch (Soz.) beantragt einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der Magistratsvorlage zuzustimmen mit der Maßgabe, daß die von der Armenpflege und aus Stiftungen gewährten Unterstützung in der nötigen Höhe weitergezahlt werden, bis aus dem Bedürfnis die erforderliche Höhe des Wohlfahrtsfonds festgestellt werden kann. Der Antrag unserer Fraktion wird angenommen.

Die wiederholt in Ausschüssen beratenen Vorlagen über Erhebung von Steuern auf Kraftdroschken, auf das Halten von Wagen und Pferden und auf das Halten von Kraftwagen kommen nochmals zur Verhandlung. Ueber die Ausschussbeschlüsse berichtet Dr. Lohmann (Soz.).

Die Kraftdroschkensteuer hat der Ausschuss mit knapper Mehrheit abgelehnt. Dr. Borchardt (Soz.) bringt erneut den Antrag ein, die Kraftdroschkensteuer nach der Vorlage des Magistrats zu genehmigen. Diese Steuer solle in den Herbst treffen, nicht etwa den Droschkenbesitzer. — Leh (Komm.) bringt eine Reihe Änderungsanträge ein. — Drewh (Wirtsch. Bgg.) äußert zum Teil Befriedigung über die Stellungnahme der Kommunisten. Er behauptet, die Kraftdroschkenbesteuerung wäre dieselbe, wie eine Besteuerung von Handwerkszeug. Gegen die Wiederherstellung der Kraftdroschkensteuer spricht Schallbach (D. Sp.). Dagegen unterstützen den bezüglichen Antrag der Sozialdemokraten auch die Unabhängigen, für die Dettmer ausführt, daß diese Steuer vom Herbst getragen wird. — Dethleffen (Dnat.) glaubt, vor Verkehrserschwerung warnen zu müssen. Abgelehnt werden die Änderungsanträge der Kommunisten. Der Antrag der Sozialdemokraten wird angenommen mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und der Demokraten gegen die Stimmen der rechtsstehenden Parteien und — der Kommunisten. Angenommen werden dann die Steuer auf Halten von Wagen und Pferden und auf Halten von Kraftwagen mit einigen vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen.

Die Steuer auf Hausangehörige will der Oberpräsident nur bei weitgehenden, von ihm vorgeschriebenen Einschränkungen genehmigen. Die betreffende Magistratsvorlage ist im Ausschuss in Anbetracht dieser Bedingung abgelehnt worden. Dr. Herx (U. Soz.) berichtet über die Ausschussberatungen und legt eine Resolution vor, die sich gegen diesen Eingriff der Regierung wendet. Dr. Lohmann (Soz.): Wir haben unsere Meinung über den ganz ungeheuerlichen

Eingriff der Regierung in die städtische Selbstverwaltung

schon im Ausschuss mit aller Schärfe gesagt. Die Steuer ist so für uns unannehmbar. Unsere Absicht, das Kriterium eines gewissen Wohlstandes zum Maßstab zu nehmen, ist durch die Regierung vereitelt worden. Die Unabhängigen haben unsere Gründe in ihrer Resolution zum Ausdruck gebracht, die mir selbstverständlich annehmen. Dr. Meyer (Dem.) erklärt für eine Fraktion sich gleichfalls gegen die Steuer in ihrer jetzigen Gestalt. Stimmt der Kritik am Verhalten der Regierung bis zu einem gewissen Grade zu, kann aber die Resolution nicht unterstützen. Leh (Komm.) findet es geradezu erfreulich, wie offen die Regierung in die Selbstverwaltung eingreift. Da sehe man, daß das Gehalt von der Selbstverwaltung nur Schwindel sei. Von Demokratie könne doch da keine Rede sein. (Zuruf: Bei Ihnen?) v. Eyern (D. Sp.) will sich mit bloßer Ablehnung der Steuer begnügen. Die Steuer wird einstimmig abgelehnt. Die Resolution wird angenommen von den Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten; gegen sie stimmen alle Bürgerlichen.

Der Ausschuss in Sachen des Oberschlesier-Hilfswerkes hat inzwischen beraten. Ranalle (U. Soz.) berichtet über die Verhandlungen, deren Ergebnis die Annahme des Antrages auf Gewährung von 100 000 M. ist. Ohne Debatte stimmt die Versammlung mit alleiniger Ausnahme der Kommunisten zu.

Der Ständige Ausschuss zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge beantragt, nachdem das Reich entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt habe, solle der Magistrat sofortige Maßnahmen treffen, die Bauarbeiten an der Nord-Süd-Bahn in gesteigertem Umfang durchzuführen.

An den von Zimmermann (U. Soz.) erstatteten Bericht des Ausschusses knüpft sich eine Debatte, in der Stadtbaurat Hahn auf die finanzielle

Hofflage des Nord-Süd-Bahn-Unternehmens

hinweist. Nur mit noch 500 Millionen sei es fertig zu stellen, während das Reich jetzt nur 25 Millionen gebe. Die Stadt wolle mit Staat und Reich eine Gesellschaft zur Beschaffung der Mittel gründen, aber bisher wurde das abgelehnt. Die Stadt soll zunächst weiter nach Geldgebern suchen, die 350 Millionen leisten, dann soll der Rest durch Reichszuschuß aufgebracht werden. 350 Millionen könne die Stadt jetzt nirgends erhalten, aber die Stilllegung der Bauarbeiten wäre eine Katastrophe. Zu verhindern sei sie nur durch die hoffentlich noch zustande kommende Gesellschaft von Stadt, Staat und Reich, die gegen Verpfändung des Unternehmens das Restkapital aufbringen würde.

Auf eine schäbliche Bemerkung der Stadtverordneten Frau Schler (Zentr.) über Bedrückung der Organisierten bei den Bauten der Nord-Süd-Bahn erklärt Baurat Hahn, er müsse den Gewerkschaften dafür danken, daß sie mit aller Energie eingriffen, wo die Arbeit zurückbleibe. Schulze (Dnat.) behauptet, infolge der Streiks sei das in die Nord-Süd-Bahn gesteckte Geld zum Teil nutzlos weggeronnen worden.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Wo zu? Auf dem Dorfe würde er leben, unter stillen und friedlichen Menschen, — denn auch die Menschen würde er nicht mehr hassen können, und er begriff auch das nicht, daß er das einmal hatte tun können. Warum hassen? Nur Ruhe. Ruhe.

Und gar: hatte er das wirklich getan, hatte er einem anderen die Frau weggenommen? Er begriff das nicht. Er begriff es nicht, da es doch um soviel friedlicher war, allein zu sein, ohne Frau, ohne Kinder, — frei, nur mit der Erde verbunden, die ringsum blühte oder schlief.

Es sollte ein jeder das haben, was ihm zukam. Wollte dieser eine Frau, — gut, er sollte sie haben! Wollte jener allein sein, — gut, er sollte es sein! Warum Störungen, Eingriffe, Diebstähle, Morde? Ach, er begriff es nicht.

Wenn er es so richtig bedachte: hatte dieser alte Mann nicht recht? Er kam, nachdem er viel ausgestanden hatte, und wollte haben, was sein war. Es war ja sein, darüber war nicht zu reden.

Auch Lucie würde das einsehen. Ja, sie erwartete es vielleicht und wollte es ihm nur nicht sagen, — nein, nicht vielleicht, bestimmt erwartete sie es! Gewiß, sie würde freiwillig mitgehen. Sie sollte es auch. Das Dorf in Kärnten war nichts für sie, und noch weniger war es möglich, daß sie die Frau eines Kommis oder eines Versicherungsagenten würde.

Und auch das Kind sollte es gut haben, so gut es nur irgend ging. Es würde wachsen, groß werden, ein großes Fräulein, vor dem man den Hut zog, so daß der Vater, wenn er zufällig vorüberging, sich freuen konnte. Kein freuen, ohne Hintergedanken, ohne Neid. Denn er liebte ja sein Kind, und auch seine Frau, wenn er auch mit ihnen nicht leben konnte. Wenn er allein sein und bleiben mußte und wollte, — bis an sein Ende, das er durchaus nicht herbeisehnte, da ja die Welt für ihn mit einmal so schön und friedlich war.

Er stand auf, und ihm war ganz leicht. Es schien ihm, als habe er Jahre hier auf der Bank gelesen. Oder nein: als habe er geschlafen. Als wäre er, nachdem er aus dem Gefängnis gekommen war, in jenem Wirtschaftsgarten eingeschlafen, in dem ihm das junge Mädchen den ersten Wein und die erste Zigarre gebracht hatte. Genau so friedlich und dankbar war er zu dieser Stunde in seinem Herzen, wie er es damals gewesen war. Ein Traum, ein langer Traum, den er da geträumt hatte, und ein wüster Traum, schwer und beklemmend, aus dem er jetzt erwacht war. Ach, wie liebte er die Welt!

Er ging schnell vorwärts und betrachtete die Menschen. Sie waren ganz anders, ihm ganz neu. Soviel Heiligkeit war an ihnen, die auf ihn zurückfiel, — oder war es umgekehrt, war die Heiligkeit in ihm? Gleichviel, sie war da. Sie fiel sogar auf einen Menschen wie Mannheimer. Wie dumm dieser Mann doch war, da er so grenzenlos hamsterte und sich eines Tages doch hinlegen mußte, um zu sterben. Auch Frau von Marisch bestrahlte die Heiligkeit, eine Frau, der er viel Unrecht angetan hatte. Und den armen Gutzeit und dessen Frau, — ach, warum hatte er sie doch damals verschmäht! Und auch an Lautenbach in Hamburg dachte er. — ach, wie übel hatte er dem Unermüdlichen mitgespielt!

Aber aus dem Herzen aller dieser Leute nahm er den bitteren Stachel, wenn er sich jetzt freiwillig dessen begab, wessen sie ihn neideten: alles Reichthums, aller äußeren Zeichen der Macht, seiner Frau, seines Kindes, — wenn er lautlos und ohne zu klagen in einer Vertiefung verschwand, die ihn nicht mehr hergeben würde, wenn er vergessen ward, von niemandem vermist oder betrauert.

Wer auch sollte ihn vermessen, betrauern? Die Menschen? Er hatte sie mit bewußter Grausamkeit als Mittel für seine Zwecke benützt. Seine Frau? Er hatte sie betrogen. Sein Kind? Es kannte ihn kaum.

Ja, es war seine Pflicht, zu verschwinden. Er war das sich schuldig und vor allem den anderen. Und er war es auch Behrens schuldig, der nun mit den Gesten des Rächers einherging, wie auch er es einst getan hatte.

Reisner lachte lautlos in sich hinein. Er kannte das, er hatte es erfahren. Hatte dieser Mann erst keine Rache, dann hatte die Rache bald ihn. Sie umstrickte ihn, und er verwickelte sich in ihren Mäusen immer mehr, bis er schließlich gefesselt war und stöhnte. Oh, er sollte alles haben, worauf er ein Recht zu haben glaubte! Ihm, Reisner, nahm er nur eine Last ab. Er sollte sie tragen.

Reisner wurde lebhafter, sein Lebensgeist entsachte sich langsam zu einer dünnen Flamme. Er ging mit schnellen, hastigen Schritten.

Und dann: es war auch nicht seine Sache, sich in ein verborgenes Dorf zu verziehen, denn das war eine Flucht. Er durfte nicht fliehen, durfte sich nicht entziehen. Hier mußte er bleiben, nur hier war sein Platz. Es würde ihm gelingen, soviel zu verdienen, daß er leben konnte. Je elender er lebte, eine um so größere Genugtuung würde er empfinden. Als Versicherungsagent, ja, Treppauf, treppab, in einem Anzug von schäbiger Eleganz, immer sich duckend, immer lächelnd, nie widersprechend, die ewigen Abweisungen und Demütigungen wie ein Schicksal hinnehmend, das ihm gebührte. Den Nacken beugen, die Hände küssen, die ihn schlugen. Geduldig sein, maßlos geduldig. Und dann denken: Du leidest, ein anderer hat dich leiden gemacht, aber du mußt nicht auf, denn es ist deine Strafe. Du zahlst ab. Alle die Fälle: Lautenbach, Gutzeit, Marisch, Lucie Blümner, Behrens. Und eines Tages bist du fertig. Bist niemandem mehr etwas schuldig. Und legst dich hin und machst die Augen zu, während die anderen weiter leben und erkennen müssen, daß sie aus Gläubigern Schuldner geworden sind! —

Reisner kam heim, glühend von einer Erregung, die ihm so rein schien wie die flackernde Flamme eines Kerzenlichtes, das man in ein Totenzimmer stellt. Er rief sofort Protop und sah ihn eine Weile stumm an.

„Sie befehlen?“ fragte Protop eilig.
„Protop, ich habe dir, — ich habe Ihnen nichts mehr zu befehlen. Sie müssen mich verlassen. Ich bin ruiniert. Ich bin arm, bin viel ärmer als Sie.“
Protop warf den Kopf hoch. „Ich bin nicht arm,“ sagte er hochmütig.
„Aber Sie sind auch nicht reich, — und ich gedachte, Sie für immer bei mir zu behalten und Sie einmal gut zu entlohnen und unabhängig zu machen.“
„Das wäre überflüssig gewesen,“ sagte Protop, „denn ich habe für mich selbst gesorgt.“
„Wie?“
Protop machte eine wegwerfende Handbewegung. „Glauben Sie, daß ich es nicht gesehen habe, wie Sie sich ruinierten? Mir konnte es recht sein. Wenn ich auch immer schwieg, so habe ich doch viel gehört. Ich gehe zufrieden von hier fort. Mein Leben ist gesichert.“ (Fortf. folgt.)

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Der Freischütz
6 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Der Kronprinz
7 Uhr

Deutsches Theater
7 Uhr: Kean
Sonabend 7 Uhr: Kean

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Peiasch u. Perlmutter
So. 7 1/2 Uhr: Peiasch u. Perlmutter

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
8. Die Weber (Aul. Abonn.)
So. 7: Kaufmann von Venedig

Theater i. d. Königgrätzer Str.
Täglich 7.30 Uhr:

Notruf
Drama von Herm. Sudermann

Berliner Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
DAS MILLIARDEN SOUPER

Komödienhaus
7.30 Uhr: Der blonde Engel

Central-Theater
8 Uhr: Jlonka

Deutsch. Opernhaus
8 1/2 Uhr: Tannhäuser

Friedr. Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Die Kleine aus der Hölle

Kl. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Reigen

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Der fidele Bauer

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die blane Mazur

Neues Operetten-Theat.
7 1/2 Uhr: American-Girl

Neues Theat. a. Zoo
So. 7 1/2 Uhr: Eröffnungsvorstellung
Die kleine Lecassot

Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Raub der Sabinerinnen

Schloßpark-Th. Steglitz
7 1/2 Uhr: Laune des Verliebten

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen

Th. am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr: Der Vetter aus Dingsda

Th. i. d. Kommandantenstr.
7 1/2 Uhr: Die Dielenhexe

Theater des Westens
7 Uhr zum 1. Male

D. Braut d. Lucillus
Stg. 21: Russisch. Gastspiel
Der Revisor von Gogol

Wagner-Theater
7 1/2 Uhr: Nixchen

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr: Die Scheidungsreise

Volksoperette
Walhalla-Theater
Eröffnung 1. September

Die schöne Helena

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Der Opernball

Lessing-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Deutsches Künstler-Theater
8 Uhr:
Wem gehört Helene?

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Hansi Arnstadt in
Der Dieb (Le volcur)

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Ida Wüst in
Die große Leidenschaft

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Totentanz

Rose-Theater
8 Uhr:
Jugend

Folles Caprice
Linienstr. 132 am Oranienbg. T.
Täglich 8 Uhr:
D. Geliebte a. Teilung
Fiebertaumel

Deutsches Meseritz
mit Ferd. Grünecker

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe

Die kleine Lecassot
EIN SPIEL IN 3 AKTEN VON RUDOLF EGER
LEITUNG DES SPIELS: HANNS FISCHER
PERSONEN:
Henry Jerome
Eccorne
Sraf. Jambille
Marquis von Guiche
Clairisse Gregoire
Professor Dumoulin
Somet
Gaspard
Jerome Dierat
Jerome Chauffeur
Hans Götz
Rita Bufe
Edwara Rofbauer
Ulrich Belfac
Blaisy Torres
Ernst Rothmund
Franz Stenger
Ernst Gronau
Albert Kupfferschindl
Hans Merkur
SCHENISCHE AUSGESTALTUNG UND BÜHNENBILD: ELSE OPPLER-LEGGAND

AM 2. AUGUST 7 1/2 UHR
KASSEN-ERÖFFNUNG 6 1/2 UHR
KARTENVORVERKAUF AN DER TAGESKASSE 11-12 UHR
BEI A. WERTHEIM & CO. IM INVALIDENDANK

NEUES THEATER AM ZOO
DIREKTION GUSTAV CHARLE
J.M. LANDWEHRKASINO
UNTERGRUND- UND STADTBÄHNHOFF ZOO
AMT STEINPLATZ 6554

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Internationale
Ringkampf-Konkurrenz
:: Varieté ::

Reichshallen-Theat.
STETTINER SÄNGER
Abds. 7 1/2 U. u. Stg. nachm. 3 U. Nm. halbe Pr. Varieté
Dyaboli-Brett!

Eine Quelle des Erfolges sind Inserate im Vorwärts
Selbst das kleinste Inserat wird im Vorwärts gelesen.

APOLLON
THEATRE ST. MARKT 7A
7A Internationales August-Programm:
Opium Träume
Kinematographische mit 24 Bildern sowie 10 Szenen

WINTERGARTEN
Haas-Hey-Ballett
sowie der große Varieté-Spielplan - Rauchen gestattet!

CASINO-THEATER
Lothring. Str. 37 - Tägl. 7 1/2
Das neue Eröffnungs-Programm mit der Spitzbubenposse
Exzellenz Maxe.
Vorher: Das taktige Sinnspiel
Und wem es just passiert
Sonntag 3 1/2; Mittelarrest.

Theater a. Kolbusor Tor
Tel.: Moritzpl. 16077
Täglich 7 1/2 Uhr
Elite-Sänger
- 10 Herren! -
Witz! Komik!
Urkom. Typen!
Größter Lacherfolg!
Vvkz. 11-1/2 u. 4-6 Uhr

BTD
Potsdamer Str. 38
Turmstr. 12
Uraufführung
Der
Silberkönig
Sensationsfilm in 4 Teilen
1. Teil:
Der 13. März
Hauptdarsteller:
Bruno Kastner
Alexanderl. Pass.
Atlas der Gewaltige
2. Teil: Der verräterische Handschuh

METROPOL
Uehrenstraße 54
7 1/2 Uhr:
Das sensationelle
Saison-Eröffnungs-Programm

Nur bis 28. August
7 1/2 (Täglich 7 1/2)
Wilhelm Hartstein
sowie der weitere
Varieté-Spielplan
Ab 29. Aug.
Beginn der
Film-Saison
mit
Die Geliebte Roswolskys

Sind's die Augen - geh' zu Ruhnke

Wenn Sie ganz genau passende Augengläser haben, können Ihnen diese erst wirklich nützen, wenn Sie in haltbarer Fassung richtig vor Ihren Augen sitzen und dann dauernd diesen guten Sitz behalten. Kaum zwei Wochen sind gleich! Aber wir haben für jede Rahmenform eine entsprechend gut sitzende Fassung, oder wir fertigen eine besonders für Sie an, ohne Ihnen mehr dafür zu berechnen.

Wir haben unsere eigene Fabrik für Augengläser

Mit Hilfe der neuesten Maschinen und moderner Anlagen für die Bearbeitung des Rohglases und einem Staff von ca. 160 Fabrikangestellten sind wir in der Lage, unseren enormen Bedarf an Augengläsern selbst herzustellen. Nur die Gläser alter Schmelze, welche als Massenartikel hergestellt werden, müssen uns noch zum Teil andere Fabriken liefern.

In unserer Glasmehrfabrik mit ca. 40 Angestellten fertigen wir den größten Teil der von uns geführten Brillen- und Kneifer-Spezialmodelle in Gold-Doublet und Metall-Gold.

Unsere Fabrik ist eine Abteilung für Feinmechanik angegliedert. Dort werden unsere bekannten „Televist“-Fremden-Ferngläser, Präzisionslupen und Lesegläser hergestellt. Die übrigen Gegenstände, die wir zur Bequemlichkeit unserer Kunden in unseren 30 Geschäften führen, stammen aus anderen angesehenen Häusern, sind von bester Qualität und preiswert.

Wir sind Spezialisten in Augengläsern

Wir liefern Ihnen gediegene Kneifer und Brillen unter Garantie für Zufriedenheit. Dazu aber gehört mehr, als Ihnen nur Augengläser genau zu bestimmen und Ihnen die richtig sitzende Fassung zu verpassen. Zufrieden sind Sie auf die Dauer nur, wenn Sie verächtlich bleiben von Augenbeschwerden, Schmerzen, Tränen und ähnlichen Unannehmlichkeiten, wie Drücken der Fassung, Köpfen, Verbiegen, Zerbrechen. Solch Kneifer verleiht einem oft den Gebrauch der Augengläser, ja zusammen mit den Reparaturkosten können dadurch alle Vorteile der Gläser mehr als ausgegogen werden.

Wir garantieren die Haltbarkeit aller Metallteile unserer Kneifer und Brillen-Fassungen aus Doublet und Gold. Abgesehen von den Gläsern oder den Teilen aus Horn, Zelluloid oder Schildpatt reparieren wir alles kostenlos, selbst wenn der Schaden durch Ihre eigene Schuld entstanden ist. Wir leisten

Garantie auf Doublet- und Gold-Fassungen jeder Preislage

Die Garantie dauert für die billigste Fassung ein Jahr, für teurere entsprechend länger, gemäß folgender Stufen.

Nachstehende Preise verstehen sich ohne Gläser

Kneifer ohne Randfassung	Kneifer mit Randfassung	Brillen mit u. ohne Randfassung
Gold-Doublet:	Gold-Doublet:	Gold-Doublet:
ein Jahr Ruhnke-Garantie 10, 50, 15,-	ein Jahr Ruhnke-Garantie 18,-, 24,-, 28,-	ein Jahr Ruhnke-Garantie 35,-
zwei Jahre Ruhnke-Garantie 28,-, 35,-	zwei Jahre Ruhnke-Garantie 30,-, 34,-, 38,-	zwei Jahre Ruhnke-Garantie 45,-
drei Jahre Ruhnke-Garantie 45,-, 55,-, 60,-	drei Jahre Ruhnke-Garantie 45,-, 54,-, 60,-	drei Jahre Ruhnke-Garantie 55,-, 65,-, 75,-, 85,-

Auf alle 14-tägigen Goldfassungen vier Jahre Ruhnke-Garantie.
Hornbrillen von 38,- an, moderne Vordrinnen, Silber, von 95,- an, Gold-Doublet von 72,- an.
Gläser werden extra berechnet, und zwar pro Paar: Kathenower Schmelze 8,-, Pantiorit-Brillen 10,-, dieselben aus unserem guten Sanostop-Glas 12,-.

Für die Reise und den Sport:

Prismen-Feldstecher „Televist“, eigenes, erstklassiges Fabrikat

6x Vergrößerung 850,-	8x Vergrößerung 950,-	12x Vergrößerung 1250,-
-----------------------	-----------------------	-------------------------

Optiker Ruhnke

30 Geschäfte in Groß-Berlin, Hamburg, Basel, Düsseldorf, Altona und Spandau
Fabrik in Rathenow, Neue Schleuse | Fabrik in Berlin C 19, Wallstraße 1
für Brillengläser, Prismen-Feldstecher u. a. Ferngläser | für Kneifer und Brillen in Gold, Doublet und Nickel

Export-Abteilung: Hamburg, Große Johannisstraße 9
Zentrale u. Versand-Abteilung: Berlin C 19, Wallstr. 1

Sie sind sprachlos

welchen tiefschwarzen Glanz mit ein paar Bürstenstrichen Sie mit dem Qualitäts-Schuhputz

Hefro

erzielen, dabei dauerhaft und das Leder konservierend.

Verlangt unsere Haushaltpackung

Deutschnationale Grundstücksvermittlung.

In Schlesien, in dem schönen Orte Hirschberg, gibt ein kaufmännisches Verkaufsbureau „Regina“, das sich im besonderen mit dem An- und Verkauf von Rittergütern und Gütern, sowie kleineren Landwirtschaften beschäftigt. In seinen Rundschreiben teilt dieses Unternehmen mit, daß das Bureau auf deutschnationaler Grundlage aufgebaut sei, auch die Angestellten seien sämtlich deutschnational, der Inhaber, Herr Paul Höhne, sei Mitglied des Deutschnationalen Verbandes Hirschberg.

Das deutschnationale Bureau verschickt eifrig Rundschreiben, in denen es mitteilt, daß es gegen entsprechende Provision — „bei Gütern, welche in die Millionen gehen, rechnet das ganz außerordentlich“ — Informationen suche. „Ich hege strenges Vertrauen und hoffe, daß Sie mich in dieser Angelegenheit unterstützen werden, was für beide Teile Nutzen bringen kann.“

Es geht doch nichts über deutschnational verbrämte Geschäftstätigkeit. Wir empfehlen der „Deutschen Tageszeitung“, ihrem Freunde den Ehrennamen „Cahn“ zu verleihen.

Das Wohnungselend.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Donnerstag bei der Weiterberatung des Wohlfahrtsrats mit dem Wohnungselend. Man war sich mit der Regierung darin einig, daß die vorhandenen Mittel zur Behebung der Wohnungsnot nicht ausreichen und daß 10 bis 12 Proz. von der Zahl der vorhandenen Wohnungen noch gebaut werden müßten, wenn die Wohnungslosen nur einigermaßen untergebracht werden sollten. Die Reichszuschüsse hätten es noch nicht einmal ermöglicht, den normalen Zuwachs an Wohnungen jährlich wieder zu erreichen. Von einer Unterbringung der großen Zahl der schon länger Wohnungslosen

Könne überhaupt keine Rede sein.

Am Frieden wurden jährlich 50 000 Wohnungen neu geschaffen. Heute wird diese Zahl noch nicht einmal mit den Zuschüssen des Reiches, der Gemeinden und privater Körperschaften erreicht. Trotzdem bauen die Gemeinden ohne zu wissen, wie sie die Kosten decken sollen. Sie verkaufen die Häuser meist für das Fünftache des Friedenspreises an Private, doch besteht die große Gefahr, daß die Ersterer später einmal, wenn die Valuta wieder steigt, nicht in der Lage sein werden, auch nur die Zinsen des Kaufpreises aufzubringen. Nach Auskunft der Regierung werden

etwa 80 bis 100 Milliarden Mark erforderlich

sein, um aus dem Wohnungselend herauszukommen, wobei natürlich die Neubauten auf mehrere Jahre verteilt werden müßten. Davon wären nur je 5 Milliarden durch die Zuschüsse und durch den realen Mietmehrer der Wohnungen gedeckt. Die Herstellung einer Wohnung von 70 Quadratmeter Bodenfläche kostete heute 80 bis 100 000 Mark. Für die Gemeinden entsteht bei diesen hohen Kosten für jede derartige Wohnung ein Defizit von 55 bis 60 000 Mark. Im Jahre 1919 sei viel gebaut worden. 1920, infolge des unübersichtlichen Aufschwungs, weniger; im laufenden Jahre werde wieder mehr gebaut, weil man auf erhebliche Zuschüsse des Reiches hoffe.

Abg. Meyer-Söllingen (Soz.) war im Prinzip mit den Ausführungen des Regierungsdirektors einverstanden. Große Miethäuser sollten nur dann gebaut werden, wenn in der Nähe einer bestimmten Industrie zahlreiche Familien möglichst gedrängt untergebracht werden müßten, oder wenn die Kosten eines großen Miethauses sich erheblich niedriger seien als die des Hochhauses. Redner beschwerte sich über ungleichmäßige Verteilung der Zuschüsse.

In der weiteren Debatte begründete Abg. Frau Dr. Wegschieder (Soz.) die Anträge ihrer Partei gegen den Alkohol- und Tabakverbrauch, dessen Bekämpfung dem Wohlfahrtsministerium unterstellt werden müßte. Solange die Wohnungsnot bestehe, dürften die Alkoholverbote für Alkoholische keine Räume freilassen. Abg. Frau Dönhoff (Dem.) begründete einen Antrag zur Bekämpfung der Trunksucht, die Brauwirtschaft sei mindestens zu verdupeln. Bei Bepflanzung der Frauen der Prostitution und Jugendpflege riefte Abg. Frau Köhl (Soz.) schwere Anträge gegen das Ministerium. Sie verlangte Ausbildung von Arbeiterinnen in der Wohlfahrtspflege. Die Regierung erwidert, daß die Arbeiterinnen im Lohnkampf groß geworden seien und deshalb nicht das nötige Maß von Idealismus aufbringen würden, um die schädlichen Kosten der Wohlfahrtspflege zu besetzen. Auf lebhaften Widerspruch von sozialdemokratischer Seite bemerkte der Regierungsdirektor, daß er hauptsächlich an die Schwestern der religiösen Organisationen gedacht habe.

Weiterberatung Freitag.

Am Scharmühssee.

Man schreibt uns: Vor einigen Tagen wurde auf dem am Scharmühssee gelegenen Landgut des Rittmeisters a. D. von Roerner ein Waffenlager ausgehoben. Im Wirtschaftsgebäude fand man 2 schwere und 2 leichte M.-G., ca. 25 Gewehre, eine Anzahl Selbstgewehre, mehrere Rifflin Schärfe Patronen, sonstige Munition usw. Nach Angabe des Richters trafen diese Gegenstände im vorigen Jahre per Bahn als „Eisenteile“ deklariert auf Bahnhof Scharmühssee ein, von wo sie mit Fuhrwerk abgeholt wurden. Abfender der „Eisenteile“ war ein Leutnant von Reichmann, Josen.

Es wäre zweckmäßig gewesen, wenn man auch gleich dem Gut des Majors a. D. v. Roerner in Silberberg am Scharmühssee einen Besuch abgestattet hätte. Auch hier hätte es sich vielleicht gelohnt, denn am Geburtstag Wilhelms des Deserteurs veranstaltete man dort ein Freundschießen, bei dem Militärgewehre Verwendung gefunden haben sollen. Dieser Herr Major a. D. scheint übrigens dem Beestower Schützenkönig, vor dem bekanntlich die Reichswehr Paradeaufstellung nahm, in den ihm zustehenden Ehrenbezeugungen nicht nachstehen zu wollen. Sobald der Herr Major und Gnadl sich des Morgens sehen lassen, hat die Dienerschaft zu brüllen: „Alleruntertänigst guten Morgen!“

Auch zum Kapitel Wohnungsnot soll hier ein kleiner Beitrag gegeben werden. Der Rittmeister a. D. v. Roerner bewohnt am Scharmühssee ein großes schloßähnliches Landhaus mit seiner Frau und Dienerschaft allein. Außerdem hat der Herr selbstverständlich am Ausfließendamm seine herrschaftliche Wohnung. In Wendisch-Riez bewohnt eine Familie, der Verwalter und 2 Wofferschuhbeamte das Landhaus „Schwarzhorn“ mit 24 Zimmern. In Charlottenburg hat dieselbe Familie noch eine 11-Zimmer-Wohnung.

Die zuständige Stelle für die Entlohnung dürfte für den Kreis Beesow-Storkow mehr Interesse an den Tag legen, da sich die Woffenlunde hier wiederholen. Erst im Juni d. J. wurden in Tucha und Stemmern bei Beesow Woffen gefunden. Der Leutnant, der die Woffenausgabe veranlaßt hatte und auf dem Gut Falkenberg als „Inspektor“ tätig war, war natürlich rechtzeitig verschwunden. Der Herr Rittmeister a. D. wird ja wohl trotz der großen Wohnungen zu finden sein.

Brotdeemonstration in München, 25. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Münchener Gewerkschaftstabelle und Betriebsräte fordern zusammen mit dem bayerischen Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen das wertigste Volk Münchens zu einer auf heute, Freitag, abend festgesetzten Massenprotestkundgebung gegen die erneut einsetzenden Preissteigerungen auf.

Erfolgreiche Verhandlungen.

WTB. (amtlich.) Die unter Vorsitz des Reichskanzlers geführten Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben gestern in den späten Abendstunden zu einer Einigung geführt. Das Reichskabinett wird mit größter Beschleunigung zu dieser Vereinbarung Stellung nehmen. Mit ihrer Annahme darf heute gerechnet werden. Nach Verabredung mit den Führern der Reichsfraktionen sollen die erhöhten Bezüge alsbald nach Zustimmung des Reichsrats angewiesen werden. Die Zustimmung des Reichstages wird nachträglich eingeholt werden.

Die Bedingungen lauten wie folgt:

1. Der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag für die planmäßigen Reichsbeamten wird für die Orte der Ortsklasse A auf 93 v. H., für B auf 91 v. H., für C auf 89 v. H., für D auf 87 v. H., für E auf 85 v. H. festgesetzt. Diese Erhöhung entspricht einer Aufbesserung der Gesamtbezüge um 13 1/2 bis 20 Proz.

2. Die männlichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihren bisherigen Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag einen weiteren Teuerungszuschlag in der Höhe, daß ihr Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag das Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag eines planmäßigen Beamten der ersten Befoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe erreicht.

3. Die weiblichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag einen weiteren Teuerungszuschlag bis zur Erreichung eines Gesamtbetrages, wie er sich ergeben würde, wenn unter Zugrundelegung des Teuerungszuschlags für die planmäßigen Beamten sowie des Ortszuschlags für die erste Befoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe die Diätensätze betragen würden von Beginn des ersten Dienstjahres ab 75 v. H. und steigend beim achten Dienstjahre bis auf 100 Proz. den Orten der Ortsklasse A auf 200 Proz., B und C auf 175 Proz., D und E auf 150 Proz. festgesetzt.

5. Die vorgenannten Teuerungszuschläge werden ab 1. August 1921 gewährt.

6. Die Unterhaltszuschüsse im Vorbereitungsdienst werden erhöht.

7. Eine Einbehaltung der vorstehend bewilligten Erhöhungen zur Abdeckung noch nicht getigter, seinerzeit gewährter Vorschüsse wird nicht stattfinden.

Kommunistischer Parteitag.

Vierter Verhandlungstag.

Jena, 25. August. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Aufwachen der Hotelgäste in Jena besorgte heute früh die Kriminalpolizei. Verschiedene sollen dabei freudig bewegt ausgerufen haben: Ganz wie in Moskau! — Paul Levi folgte auf der Zuhörergalerie den Verhandlungen, die mit Verspätung begannen, weil die Rebellionskommission noch prüfte. Endlich wird das Ei gelegt und von der Linke als gut und wohlgefaßt gebilligt, obgleich ihr scharfer Tadel an Trotskis Kritik der Märzaktion umgebogen ist in die Zustimmung, daß der russische Kriegsminister nicht die Theorie der Revolutionsoffenheit abgelehnt habe, sondern die Revolutionsoffenheit-Philosophie.

Klara Zetkin protestiert auf das schärfste dagegen, daß Trotski gerügt werde, solange das Moskauer Kongressprotokoll nicht vorliege und gegen die sachlich unbegründete Beurteilung der Seiten, aber aus Disziplin stimmt sie doch für die Resolution. Als dann versucht man, diese Sache als praktisch wertlos zu streichen und die Vorschriften der Moskauer Thesen über Bedingungen vorbereitender Organisationsführung und gegebenenfalls geordneter Beendigung des Kampfes einzufügen. Weiter wird gesagt, daß, wenn der Druck der KPD nicht genügt, um das Proletariat in einheitlicher Front in den Kampf zu führen, die KPD versuchen müsse, selbständig große Teile der Arbeitermassen zum Kampf zu führen. Wahagen nennt diese Veränderungen eine Konzeption an die Linke. Kolaroff gibt den päpstlichen Segen zur dann mit großer Begeisterung angenommenen Resolution. Er spricht im Geiste des Weltkongresses und bereitet den Triumph der Weltrevolution vor.

Dann wird über Steuer- und Wirtschaftsfragen weiter diskutiert, wobei es an Steuerkritik der Zentrale nicht fehlt, die sich um die politischen gewordenen Kämpfe in Bremen nicht kümmere und die in der Stöckerischen Resolution die utopische Goldwestparole der Menschwisten nicht stark genug als Volksbetrug enthülle.

Als die Polizei im Hotel „Zum Bären“ eine Hausdurchsuchung vornimmt, eilen sämtliche dort wohnenden Delegierten schnellstens nach ihrem Quartier.

Es wird von der Zentrale praktische Arbeit statt der allwöchentlichen Aufrufe

verlangt. Bezeichnend war es, daß eine Hamburger Rednerin die Einrichtungen der Partei für die Frauen gegen den Verdacht in Schutz nehmen muß, daß diese Einrichtungen die Frauen nicht an die Partei fesseln sollten, sondern sie von ihr entfernern. Dreispurigkeit vorgetragene Elementarerbgriffe der Beeinflussung der Arbeiter gegen die Gewerkschaftsleitungen finden die Zurückweisung, ob das vielleicht die Lehren der Turkestaner oder der grauen Kardinäle seien.

Rosenberg vom Presbisdienst der KPD meint: Kein Arbeiter würde für die Staatsbeteiligung an der Industrie streiten. Damit sei diese Forderung erledigt. Die Unternehmer würden sie umdrehen und ihre eigene Beteiligung an den öffentlichen Betrieben fordern. Soweit der Stöckerische Entwurf wirklich kommunistische Forderungen erhebt, seien sie erst nach dem Zusammenbruch des jetzigen Systems durchzuführen. Bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft und beim 10prozentigen Steuerabzug

habe die kommunistische Reichstagsfraktion Bodprüfungen gemacht, die sich nicht wiederholen dürften.

Die im Gerichtsgefängnis in Aurich (Hannover) sitzenden Kommunisten teilen ihre Freude über die hinauswürfe des ersten Kongressstages mit und bitter um das Materiel.

Am Nachmittag sprach der Australier Garsh, der die Arbeit der australischen Kommunisten als leichter bezeichnet, weil dort eine solche Gewerkschaftsbürokratie nicht vorhanden sei, der aber doch die Sehnsucht hat, die australische kommunistische Partei auf die deutsche Stärke zu bringen!

Dann protestierte Picard unter Entrüstungsrufen gegen die Personenkontrolle in den Hotels, die dem Verlust der Polizei, sich eine Teilnehmerliste des Parteitages zu verschaffen, gefolgt sei. Es folgte das Referat Walter über

die kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften.

Sie sei durch die Märzaktion auf das schwerste gefährdet worden. Etwa ein Drittel der aktiven Gewerkschaftsmitglieder sei trotz Ausschließung von 10 000 Mitgliedern kommunistisch oder sympathisiert mit ihnen. Das Verhältnis zur Arbeiter-Union hänge davon ab, daß diese im Gegenzug zu ihrer Moskauer Anordnung die Parole ausgeben: „Nicht Zerstückung, sondern Eroberung der Gewerkschaften.“ Der beliebte Gebrauch von Kraft- und Schimpfwörtern sei besser zu unterlassen. Wer den Austritt aus den Gewerkschaften empfehle, sei aus der KPD auszuschließen. Es sei ein Kampffonds zu schaffen.

8. Für die Beamten, die vor dem 1. August 1921 aus dem Arbeiterstand in das Beamtenverhältnis übernommen worden sind, findet eine Anrechnung der aus Ziffer 1 sich ergebenden Erhöhung des Teuerungszuschlags auf die Ausgleichszulage nicht statt.

Dagegen wird angerechnet:

a) Erhöhung des Grundgehalts bei Aufrückung in eine höhere Dienstaltersstufe und bei Beförderung.

e) Erhöhung des Ortszuschlags wegen des Uebertritts in eine höhere Ortszuschlagsgruppe.

f) Die durch die Regelung zu 2) und 3) bewirkte Erhöhung der Diätensätze.

g) Erhöhung des Teuerungszuschlags, soweit sie auf die unter a, b und c genannte Erhöhungen des Grundgehalts-, Ortszuschlags- und Diätensatzes zurückzuführen sind.

9. Für Angestellte finden die Ziffern 1, 4, 5 und 7 sinngemäß Anwendung. Gemäß Ziffer 2 werden die Bezüge der männlichen volljährigen Angestellten entsprechend den 5 ersten Sätzen der Ziffer 3, die Bezüge der weiblichen volljährigen Angestellten in den ersten 5 Vergütungsstufen erhöht werden.

Die Grundsätze unter Ziffer 8 finden sinngemäß Anwendung auch auf die persönlichen Zulagen der Angestellten der Reichsverwaltung gemäß § 19 des Tarifvertrages vom 4. Juni 1920 mit der Maßgabe, daß Erhöhungen der Bezüge infolge Veretzung des dienstlichen Wohnsitzes in eine höhere Ortsklasse mit Wirkung vor dem für die Berechnung der persönlichen Zulage maßgeblichen Stichtag auf die persönliche Zulage in Anrechnung zu bringen ist.

10. Der bisherige Teuerungszuschlag für männliche Arbeiter über 21 Jahre wird ab 1. August pro Stunde um 1 M. erhöht werden. Hierbei sind die den Beamten gewährten Erhöhungen der Kinderzuschläge bereits mitberücksichtigt, so daß der bisherige Soziallohn der Arbeiter eine Änderung nicht erfährt.

Eine Anrechnung auf die durch Tarifverträge oder sonstige Vereinbarungen bedingten persönlichen und besonderen Zulagen findet nicht statt. Die Festsetzung des Teuerungszuschlags für Arbeiterinnen, für Arbeiter und Lehrlinge bleibt noch besonderer Vereinbarung vorbehalten.

11. Für Pensionäre und Hinterbliebene werden die aus der Erhöhung des Teuerungszuschlags nach dem WTB, Pensionsergänzungsgehalt sich ergebenden Folgerungen gezogen. Die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel werden bereitgestellt.

In der Gewerkschaftsdebatte wurde die Hauptfrage das Verhältnis zu den Arbeiter-Unionen. Diese gehören nach zur roten Gewerkschaftsinternationale. Sie werden in einer Konferenz in Gegenwart ihres internationalen Rates die Stellungnahme ihres Kongresses in Halle am 4. September zu der Moskauer Anordnung „Die Austrittsorganisation in den Gewerkschaften“ vorbereiten, was Moskau für Italien und Nordamerika bereits klar angeordnet hat. Eckert sagte, daß das gleiche für Deutschland gälte. Die Anträge auf Schaffung eines Kampffonds, auf Einstellung der Schimpfereien und der Heranziehung der Bonzen zur Vertretung ihrer Gewerkschaftspolitik vor den Belegschaften und die Richtlinien werden einer Redaktionskommission übergeben.

Es wird verlangt, die Forderung der Unterzeichnung eines Austrittsformulars durch Parlamentarierkandidaten der KPD, fallen zu lassen, da sie sich als wertlos erwiesen hat. Die Blankoaustrittsformulare bleiben bestehen. Die Anträge auf Änderung des Parteinamens und auf Registrierung der Mitglieder werden angenommen. Danach wird also die Partei in Zukunft, da sie vollkommen vereinigt sei, kommunistische Partei Deutschlands heißen, das Wort Vereinigte wird gestrichen. Ferner wird der Antrag Hecker angenommen,

alle Mitglieder nach ihren Fähigkeiten zu registrieren.

In der Debatte war auch erwähnt worden, daß die KPD, mehr Mitglieder hat, als ihre Zeitungen Abonnenten. Die Weiterberatung beginnt am Freitag erst um 11 Uhr, da sich die Redaktionskommission Zeit ausgeben hat, um die verschiednenen Bandwurmeresolutionen und ein Manifest auszudrücken.

Telephongebühren und Notgeld.

Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag nachmittag den Entwurf einer neuen Fernsprechanordnung. Die Neuordnung ist notwendig geworden durch das am 1. Oktober in Kraft tretende neue Fernsprechtarif. Die Verordnung regelt die Gebühren, soweit sie nicht im Gesetz selbst festgelegt sind und bringt hier überall namhafte Erhöhungen.

Angenommen wurde die Vorlage über Prägung weiterer Hundert Millionen Mark in 50-Biennistücken aus Aluminium, vierzig Millionen Mark 10-Biennistücken aus Zink und zwanzig Millionen Mark 5-Biennistücken aus Eisen. Die Ausschüsse des Reichsrats haben sich auf eine Entschliebung geeinigt, die Reichsregierung möge

ein gesetzliches Verbot von Notgeld

erlassen, die künftig nur ausnahmsweise mit Ermächtigung der Zentralbehörden erfolgen dürfe.

Was sie nicht zu sagen wagt. Die „Rote Fahne“ muß sehr verlegen zugestehen, daß der „Vorwärts“ den Keynes-Artikel gebracht hat, von dem sie behauptete, daß die Sozialdemokratie seinen Inhalt den Arbeitern nicht bekanntzugeben wage. Aber daß sie, die „Rote Fahne“, den Keynes-Artikel überhaupt erst durch den „Vorwärts“ kennengelernt, daß sie ihn mit den redaktionellen Zusätzen des „Vorwärts“ aus diesem ausgeschnitten hat, das wagt sie ihren Lesern nicht zu sagen. Wir empfehlen für die künftige Unfertigkeit der „Roten Fahne“ die hier angewandte Methode systematisch auszubauen: Man schneide nach Kräften Artikel aus dem „Vorwärts“ aus und gebe sie in die „Rote Fahne“ mit der Ueberschrift: „Was der Vorwärts verschweigt.“ Auf diese Weise könnte die „Rote Fahne“ noch ein ganz interessantes Blatt werden.

Fürsorge für die Beamten in Oberschlesien. Den Reichs- und Staatsbeamten wird eine Rotszulage für die Aufstandsmonate bewilligt. Verheiratete 750, Unverheiratete 600, jedes Kind 125 Mark. Die Interalliierte Kommission hat die Genehmigung hierzu erteilt. Die Auszahlung erfolgt aus Reichsmitteln.

Franzosen gegen sozialdemokratische Presse. Die französische Besatzungsbehörde hat unser Duisburger Parteiblatt für acht Tage verboten. Der Grund ist ein Artikel, den unsere Parteiblatte in der englischen Besatzungszone ohne Widerung ungehindert abdrucken konnten. Aber in Duisburg konnte man auch die gemilderte Wahrheit nicht vertragen. Und was hatte unser Parteiorgan zu sagen gewagt? Nichts anderes, als daß die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen noch lange nicht die Störung der Produktion und die durch die Befehle verteuerte Lebenshaltung der Arbeiter beseitige. Dann war noch betont, daß im Rheinland kein Mensch an bewaffneten Widerstand denkt und daß man deswegen doch nicht nötig habe, die Fiktion der Oberherrschaft in dem ganzen entwaflneten Lande durch eine Viermillionstruppen aufrecht zu erhalten. Es sei zweifelhaft, ob die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen die bevorstehenden Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die infolge der allgemeinen Preissteigerung vor der Tür ständen, unnötig machen könnten. Eine Aussicht darauf bestände sicherlich nur dann, wenn die alles verteuernde militärische Sanktion aufgehoben würde. Das konnten die Franzosen nicht vertragen, unser Parteiblatt wurde für acht Tage verboten.

